Anarcho Syndikalismus *international*

Nr.5, Herbst 2018

POLEN

Höhere Löhne und Rentenreform gefordert

Am 22.09. fand in Warschau eine Demonstration unter dem Motto „Polen braucht höhere Löhne“ statt. Das örtliche Syndikat der Basisgewerkschaft ZSP-IAA nahm an dem Protest teil und fordere ebenfalls eine Anhebung der Arbeitsentgelte.



(„Streik ist unsere beste Waffe“)

Darüber hinaus machten sie auf die noch andauernden Arbeitskämpfe bei der staatlichen Post und im Gesundheitsbereich aufmerksam. ZSP-Mitglieder erheben dort weiterhin Forderungen gegenüber den Arbeitgeber*innen und verweisen darauf, dass nur selbsorganisierte Aktionen unabhängiger Gewerkschaften gegen den Widerstand der offiziellen Stellvertreter*innen in der Lage sind, nenneswerte Ergebnisse zu erkämpfen.

Trotz geringfügiger Erhöhungen sind in Polen immernoch Niedriglöhne an der Tagesordnung, zumal durch die Privatisierung des Öffentlichen Dienstes und die Ausweitung prekärer Arbeitsverträge die Lebensbedingungen weiter verschlechtert werden.

Die Demonstration forderte darüber hinaus eine Neuordnung des Rentensystems mit einem Eintritt nach 35 Arbeitsjahren, sowie die Wiedereinführung verschiedener Arten der Frühverrentung in unsicheren und gesundheitsgefährdeten Berufen.

(http://zsp.net.pl)

ÖSTERREICH

12 Stunden am Tag schuften

Der entgegen massiver Proteste durchgesetzte 12-Stunden-Tag wurde anscheinend bereits stillschweigend in einem großen Cateringunternehmen eingeführt, wie das Wiener Arbeiter*innen-Syndikat Ende September berichtete. Ohne auf die Vorschriften der neuen Gesetze zu achten, wurden dort in den Dienstplänen still und heimlich einfach 12-Stunden-Schichten eingetragen.

Das Gastronomie-Unternehmen griff dabei auf den Trick zurück, einfach ungefragt zwei 6-Stunden-Schichten (oder auch eine 8- und eine 4-Stunden-Schicht hintereinander) einzutragen. Dabei gibt es jedoch für die Kolleg*innen keine Möglichkeit zum Widerspruch oder zur freiwilligen Einteilung der Tagesarbeitszeit:

„Eine Mitsprache bei den Dienstplänen ist in dieser Firma nicht vorgesehen. Die Propaganda der Regierung, daß eh alles freiwillig sei, ist damit Lügen gestraft! Was gemacht werden darf, wird auch gemacht! Und oft, wie in diesem Fall, sogar gesetzeswidrig noch mehr.“

Eben dieses Unternehmen bewegte sich schon früher mehrfach an der Grenze zum Verbotenen. Nun zwingt es seine Arbeiter*innen, die generell nur 20-Stunden-Verträge haben, zum blockweisen Abbau von Überstunden. Wer also 40 Stunden Mehrarbeit angesammelt hat, bekommt im Folgemonat keine Arbeit. Diese Arbeiter*innen werden dann erstmal als „geringfügig beschäftigt“ umgemeldet. Dabei muss die Firma für den betreffenden Monat keine Beiträge zur Arbeitslosen-, Kranken und Rentenversicherung zahlen und spart darüber hinaus auch Sonderzahlungen ein. Bereits bei geringer Auslastung des Betriebes rutschen dort viele Lohnabhängige in die Geringfügigkeit, wobei durch solche *„dubiosen Abrechnungsmodalitäten“* ihnen das unternehmerische Risiko komplett aufgebürdet wird. Die Basis-

gewerkschaft WAS befürchtet angesichts solcher Entwicklungen:

„Es bleibt anzunehmen, daß die Wirtschaft keinerlei Probleme hätte, uns nicht nur 60 sondern wieder 100 Stunden pro Woche arbeiten zu lassen, wie es im 19.Jahrhundert noch üblich war und heute noch in „Entwicklungsländern“ oder beispielsweise asiatischen Sonderwirtschafts-zonen vorkommt – wenn sie denn nur dürfte und wenn wir ihr das durchgehen lassen.“

(https://wiensyndikat.wordpress.com)

SPANIEN

Gedenken an Opfer der Franco-Diktatur

In der südspanischen Stadt Chiclana haben am 07.10. zahlreiche Anarchosyndikalist*innen aus der Region der Opfer des faschistischen Franco-Regimes gedacht. Im Bürgerkrieg (1936-1939) waren hunderttausende republikanische und libertäre Freiheitskämpfer*innen vom putschenden Militär (mit Hilfe deutscher und italienischer Truppen) ermordet worden.



Auf dem Friedhof *„San Juan Bautista“* wurden an einer Gedenkstätte Blumen niedergelegt, Gedichte aufgesagt, Reden vorgetragen und eine Schweigeminute abgehalten. Der letzlich tragische Widerstand der anarchosyndikalistischen CNT-IAA, die gemeinsam mit der Anarchistischen Föderation Iberiens (FAI) in Arbeiter*milizen gegen die faschistische Armee (aber auch gegen die stalinistische PCE) kämpfte und schließlich den Bürgerkrieg verlor, hat im kulturellen Gedächtnis Spaniens schmerzhafte Spuren hinterlassen.

Noch heute werden Massengräber geöffnet und nach den „Verschwundenen“ gesucht. Der Kampf um eine Entschädigung für die Opfer der Diktatur, welche auch von der katholischen Kirche unterstützt wurde, wird auch noch vier Jahrzehnte nach Francos Tod erbittert geführt.

Die CNT-IAA fordert beispielsweise eine Wiedergutmachung für die bei der Niederschlagung der sozialen Revolution beschlagnahmten Gewerkschaftshäuser und selbstverwalteten Fabriken, sowie Landwirtschaftskollektive.

*„Das Gedächtnis ist die gelebte Erfahrung und ist bestimmt, mit seinen Zeug*innen zu sterben. Aber das Gedenken ist das kollektive Erinnern.“*

(https://elmilicianocnt-aitchiclana.blogspot.com)

SERBIEN

Leistungszwang und tödliche Arbeitsunfälle

Wie die Anarchosyndikalistische Initiative (ASI-IAA) berichtet, sind die Arbeitsbedingungen in der Firma *„Jura“* in der Stadt Leskovac weiterhin unerträglich. Seit Jahren beschweren sich die Arbeiter*innen des Kabelherstellers über menschenunwürdige Bedingungen:

Sie werden mit Metallstäben geschlagen, Kolleginnen werden sexuell belästigt und Toilettenpausen sind verboten. Stattdessen empfiehlt das Management, man sollte doch sicherheitshalber tragen.

Nun soll das Werk ins Nachbarland Albanien verlegt werden, wo die Löhne noch niedriger sind und sich wohl mehr staatliche Fördergelder abgreifen lassen. Von den etwa 1.000 Arbeiter*-innen sollen zunächst nur 350 ihren Job bei dem Ausbeuter*betrieb verlieren, nämlich die Leistungsschwachen und chronisch Kranken.

Ob die Arbeiter*innen dem Aufruf der ASI folgen und den Betrieb besetzen, übernehmen und damit vor der Auslagerung retten, bleibt abzuwarten…



Darüber hinaus berichtet die serbische Gewerkschaftsinitiative, dass Ende September erneut ein dramatischer Arbeitsunfall in Novi Sad stattgefunden hat. Der 38-jährige Bauarbeiter Radnik D., der für die Firma *„Graditelj NS“* tätig war, ist von der neuen Žeželjev-Brücke in den Tod gestürzt.

Die Anfang September eröffnete Donaubrücke ersetzt einen Vorgängerbau, der bei einem NATO-Luftangriff im Kosovokrieg 1999 zerstört worden war. Bereits 2017 war ein Arbeiter auf der Brücke zu Tode gekommen, der 64-jährige Dragoljub J. aus Leskovac, weil das spanische Bauunternehmen *"Azvi"* gegen die Arbeitsschutzvorschriften verstoßen hatte.

*„Diese schreckliche Reihe von Todesfällen am Bau macht die brutalen Arbeitsbedingungen deutlich, die ein direktes Ergebnis der Gier der Eigentümer*innen ist. Deren einziges Interesse besteht darin, so viel Gewinn wie möglich zu machen, wo immer sie können.“*

(https://www.facebook.com/borbenisindikat/)

SPANIEN

Kündigung bei *PhoneHouse*

Die Basisgewerkschaft CNT-IAA in Albacete fordert seit Anfang September die Wiedereinstellung eines Arbeiters bei dem Telefonanbieter *„Phone House“*. Nach acht Jahren Betriebszugehörigkeit war dieser wegen einer Krankmeldung gekündigt worden.
Vor der Niederlassung in der Hauptstadt der Region Kastilien-La Mancha hatte die CNT-IAA daher eine Kundgebung organisiert. Dabei wurden auch die gesundheitsgefähdenden Arbeitsbedingungen in dem Betrieb angesprochen, wie neun Stunden langes Stehen ohne Sitzpause, sowie das Heben schwerer Kisten trotz Schmerzen. Die Gewerkschaft unterstützt auch einen weiteren Kollegen in dessen Arbeitskampf mit dem Kommunikationsunternehmen.

(http://cnt-ait-albacete.blogspot.com)

RUSSLAND

Rentenreform schürt weiterhin Proteste

Erneut haben am 02.09. und 22.09. tausende Menschen gegen die Anhebung des Rentenalters und die Kürzung der Auszahlungen protestiert. Die Putin-Regierung plant, die Altersgrenze für Frauen auf 63 Jahre und für Männer auf 65 Jahre anzuheben. Jung und Alt gehen seit Monaten auf die Straße, um - trotz behördlicher Versammlungsverbote - gegen diesen Angriff auf die Rechte der Arbeiter*schaft zu protestieren.

An den von autoritären Oppositionsparteien getragenen Kundgebungen in Moskau haben sich auch dieses Mal wieder die Anarchosyndikalist*innen der KRAS-IAA beteiligt, ebenso wie Anarchist*innen von *„Avtonom“*. Am Rande der Kundgebung verteilten sie Flugblätter, gaben Interviews und diskutierten mit anderen Demonstrant*innen.

Dabei zeigte die KRAS auch wieder ihre schwarzen Fahnen mit einem Schriftzug, der zum Generalstreik aufruft. Mehrmals hatte die Polizei versucht, das Zeigen dieser Fahnen zu verhindern, was teilweise jedoch (auch mit Unterstützung der offiziellen Veranstalter*innen) gegenüber der Staatsmacht durchgesetzt wurde.

Allerdings achten die Redner*innen der Oppositionsparteien in ihren Ansprachen genau darauf, dass nicht zum Streik gegen die neoliberale Rentenreform des Kreml aufgerufen wird, denn die Regierung fürchtet, dass solche Arbeitsniederlegungen ihre Macht gefährden.

(http://www.aitrus.info)

BRITANNIEN

Erfolgreicher Arbeitskampf bei Nachtclub in Brighton

Der Nachtclub *„Proud Cabaret“* hat eine*r Arbeiter*in rückwirkend über 1.600 Euro vorenthaltenen Lohn ausgezahlt, direkt nachdem ein Forderungsschreiben der Basisgewerkschaft Solidarity Federation (SF-IAA) in dem Seebad Brighton überreicht worden war.



Eigentlich war nämlich zugesagt worden, dass der Stundenlohn 9,40 Euro betragen würde, aber tatsächlich wurden nur 8,38 Euro bezahlt. Erst als im April 2018 der neue Mindestlohn eingeführt wurde, kam es zu einer geringfügigen Lohnanhebung auf 8,66 Euro. Zudem war in dem ausgehändigten Arbeitsvertrag keine Lohnhöhe festgehalten worden, was jedoch rechtlich vorgeschrieben ist.

Nachdem wiederholte Anfragen an das Management erfolglos blieben, wurde die Solidarity Federation hinzugezogen, woraufhin die Chefs sich dazu entschlossen, sofort die offenen Lohnforderungen zu begleichen.

Es sei daran erinnert, dass dies nicht der erste Konflikt mit *„Proud Cabaret“* um vorenthaltene Löhne war. Bereits 2015 wurde eine Arbeiter*in gezwungen trotz Krankmeldung zur Arbeit zu erscheinen, woraufhin die Solidarity Federation für ihr neues Mitglied Urlaubsgeld und eine Kündigungsfrist einforderte. Dieser Arbeitskampf war ebenfalls erfolgreich beendet worden, nachdem das Unternehmen einen Teil der ausstehenden Forderungen beglichen hatte, womit sich die betroffene Person damals einverstanden erklärte.

Da die Firma *„Proud Cabaret“* also bereits einen Vorgeschmack darauf bekommen hatte, wozu organisierte Arbeiter*innen imstande sind, war es nicht verwunderlich, dass sie den vollen Lohn ausgezahlt hat, noch bevor die Gewerkschaft überhaupt eine öffentliche Kampagne gestartet hatte. Zudem ist es ein interessanter Zufall, dass das Unternehmen direkt nach Erhalt des Forderungsschreibens dazu übergegangen war, der gesamten Belegschaft die Löhne zu erhöhen und Arbeitsverträge auszustellen.

Solche Erfolge stehen nicht für sich allein, denn jeder Sieg baut auf den vorherigen Kämpfen auf. Das hat Auswirkungen auf den Umgang mit nachfolgenden Kolleg*innen, wenn diese ebenfalls ihre Arbeitsbedingungen verbessern möchten. Daher ist dieser Erfolg ein enormer Fortschritt und macht deutlich, wie die Basisgewerkschaft SF-IAA durch anhaltendes Organisieren erfolgreich eine Kultur der Solidarität in der südenglischen Stadt aufbauen konnte.

Übersetzung: ASN Köln (CC: BY-NC)
(http://www.brightonsolfed.org.uk)

BRASILIEN

Direkte Aktionen statt Wahlkampf

Auch angesichts der Stichwahl zum neuen Staatspräsidenten, die Jair Bolsonaro am 28.10. wohl höchst wahrscheinlich gewinnen wird, lehnt die unabhängige Basisgewerkschaft COB-IAA jede parteipolitische Propaganda in den Betrieben ab. Der faschistische Kandidat ist ehemaliger Offizier und bekennender Anhänger der früheren Militärdiktatur (1964-1985).

Er hat bereits die Unterstützung der großen Agrar-Unternehmen des Landes, sowie von evangelikalen Christ*innen, und droht jeder Opposition öffentlich mit einem Staatsstreich, Folter und Massenhinrichtungen.

Angesichts dessen setzt sich die COB-IAA dagegen ein, dass Lohnabhängige von ihren Vorgesetzten oder Kolleg*innen für ihre Wahlkampfzwecke vereinnahmt und unter Druck gesetzt werden, ihre Stimme entsprechend für eine der Parteien abzugeben.



(„Protest ist kein Verbrechen“)

Die Anarchosyndikalist*innen machen sich daher stark gegen Mobbing, Diskriminierung und Gewalt am Arbeitsplatz. Stattdessen kämpfen sie als Gewerkschafter*innen gegen die Vorherrschaft der Stellvertretung in Parlament und Betriebsräten, und propagieren selbstbestimmte Direkte Aktionen im Sinne der freiheitlichen sozialen Bewegungen

(https://sindivariosaraxa.blogspot.com)

FRANKREICH

Chronik einer angekündigten Niederlage

Die El-Khomri-Gesetze, das neue Arbeitsgesetzbuch, der Eisenbahn-Tarifvetrag - scheinbar haben die drei reformistischen Zentralgewerkschaften CGT, FO und SUD das Spiel gegen den Staat verloren. Sie tragen selbst die Verantwortung für diese Niederlage, da sie angeblich die Verteidigung der Interessen der Arbeiter*innen übernommen haben und damit über die Strategien und Formen des Arbeitskampfes entschieden haben.



Foto: Jean-François Gornet, https://commons.wikimedia.org / Flickr, CC: BY-SA



Foto: Jeanne Menjoulet, https://flickr.com/photos/96925387@N00/36910412444, CC: BY

Jedoch sind es am Ende die Arbeiter*innen, die für den Schaden aufkommen müssen. Wie ist es dazu gekommen? Der Kampf um die Verteidigung des Eisenbahn-Tarifvertrags war in vielerlei Hinsicht beispielhaft: In diesem Bereich und allen vorherigen Arbeitskämpfen hat sich gezeigt, dass die Arbeiter*innen keinen Sieg davontragen können ohne die Unterstützung und Solidarität der betroffenen Kund*innen, denn ein Streik im öffentlichen Verkehrswesen wirkt sich direkt zu deren Nachteil aus.

Ein klassischer Streik ist also vielleicht nicht die beste Art einen solchen Konflikt auszutragen. Besonders, wenn man der Ansicht ist, daß sich eine Arbeitsniederlegung in erster Linie negativ auf die Eigentümer*innen auswirken sollte, indem er ihnen den Gewinn schmälert. Doch im Falle der SNCF ist es nicht einmal sicher, wie sich ein Gewinnrückgang auf den Staat als Eigentümer der Eisenbahn überhaupt auswirkt.

Was könnte man stattdessen tun? Eine Lösung wären Direkte Aktionen: Zum Beispiel alle Züge für die Benutzer*innen kostenlos fahren zu lassen. Doch schon bei Erwähnung dieser Möglichkeit schreien die Gewerkschaften auf: *„Das ist gesetzlich verboten! Das ist illegal!“*

Oh, Schreck! Ein Gesetz übertreten? Diese Heuchler*innen seien daran erinnert, dass vor weniger als einem Jahrhundert noch jeder Streik und jede Demonstration gesetzlich verboten waren und durch die Staatsmacht brutal unterdrückt wurden. Doch nur, weil sich Arbeiter*innen organisiert und die Gesetze übertreten hatten, sind diese Grundrechte in die Verfassung aufgenommen worden.

Noch im 19.Jahrhundert mussten achtjährige Kinder in den Bergwerken schuften, eine Rente oder bezahlten Urlaub gab es ebenso wenig, wie eine Sozialversicherung. Die Lebenserwartung der Arbeiter*innen war damals nur halb so

hoch, wie jene der Bürger*innen. Und dass sich daran etwas geändert hat, lag nur daran, dass die Arbeiter*innen sich zusammengeschlossen und sich gegen Unternehmer*innen, Staat und Gesetz aufgelehnt haben, um aus eigener Kraft ihre Forderungen durchzusetzen.



(„Stoppt die Politik Macrons – Ausweitung der Streiks im öffentlichen und privaten [Sektor].“)

Viele von ihnen sind dafür gestorben oder wurden eingesperrt, wurden Opfer der Unterdrükkung durch jene Kräfte, deren Auftrag es war, die Gesetze durchzusetzen. Ebenso ist der Mai 1968 ein gutes Beispiel, als Millionen Arbeiter*innen die Fabriken besetzt hatten, gegen die CRS [Sondereinsatzkräfte der Polizei] kämpfen mussten und durch das Ausmaß ihrer Mobilisierung sogar die Macht ins Schwanken brachten, bevor der Staat und die Eigentümer*innen in vielen Punkten Zugeständnisse machen mussten.

Doch heute haben alle unsere sehr geehrten Gewerkschaftsbürokrat*innen diese Tatsachen „vergessen“ und lehnen es ab, das Gesetz zu übertreten. Sie beschränken sich darauf, in den Medien großmäulig aufzutreten, weil die Zentralgewerkschaften unter ihrer Leitung gänzlich in das System eingebunden sind.

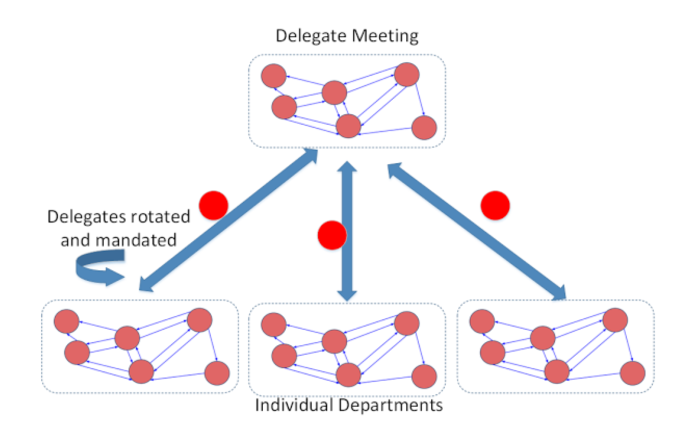
Ihr Budget wird zu über 60 % vom Staat und den Unternehmer*innen finanziert und all ihre schönen Annehmlichkeiten (Niederlassungen, Räume, verschiedene Vorzüge usw.) wären dahin, wenn sie aus der Rolle herausfallen würden, die der Staat ihnen vorschreibt. Denn wer würde bestreiten, dass die institutionellen Gewerkschaften in unserer Gesellschaft eine festgelegte Rolle spielen?

Und diese Rolle sieht nicht so aus, wie die Arbeiter*innen, die ihnen Vertrauen schenken, es sich vorstellen. Die wirkliche Aufgabe der Gewerkschaftsbürokratie besteht darin, mit am Tisch der Unternehmer*innen zu sitzen, um gemeinsam mit ihnen die Art und Weise des kapitalistischen Betriebes auszuhandeln (Zeitpläne, Arbeitsbedingungen, Gehälter,…).

Natürlich besteht ihre Rolle auch darin, darauf zu achten, dass die Unternemen die Sozialgesetze einhalten, und sie verteidigen die Arbeiter*schaft gegen die „Sklaventreiber*innen“. Aber sie haben schon seit langem vergessen, daß das Gesetz nie nur ein Spiegel der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen ist, und dass schließlich die Gesetze durch den Staat festgelegt werden, um die Interessen der herrschenden Klasse zu verteidigen.

Und dazu ist nötig, daß das Gesetz streng vorschreibt, wie die Arbeitskämpfe auf Grundlage von Stellvertretung abzulaufen haben, weshalb alle Formen von Direkter Aktion verboten sind. Ihre Rolle besteht also darin, die Arbeitskämpfe zu verwalten, damit zwischen den Klassen weiter Frieden herrscht.

In diesem Sinne sind die Zentralgewerkschaften eine Stütze des kapitalistischen Systems. Alle Arbeitskämpfe der letzten Zeit haben das bestätigt, denn den Arbeiter*innen bleibt nichts anderes übrig als abzuwarten, was die traditionellen Gewerkschaften tun. Und das einzige, was wirklich etwas ändern würde, wären neugeschaffene Organisationsformen, die direkt von den Arbeiter*innen selbst verwaltet werden - ohne freigestellte Funktionär*innen und ohne Hierarchie.



(Die jeweiligen Abteilungen schicken wechselnde Abgesandte mit klaren Aufträgen zu Treffen)

Auf diese Art könnten die Betroffenen ihre eigenen Kämpfe direkt führen, indem sie jede Stellvertretung und Übernahme ablehnen und sich weigern, an den Institutionen der Arbeitgeber*innen oder des Staates teilzunehmen, damit sie das Kräfteverhältnis gegenüber den Unternehmer*innen umkehren können.



(„Streikposten der Damenschneiderinnen“)

Diese Organisations- und Kampfformen sind jedoch nicht neu, denn es sind jene, die bereits im 19.Jahrhundert von den Arbeiter*innen spontan angenommen und weiterentwickelt wurden, um ihren Forderungen den nötigen Druck folgen zu lassen und genau die sozialen Errungenschaften durchzusetzen, welche der Staat und die Unternehmer*innen heute wieder in Frage stellen.

Aus: *„Anarchosyndicalisme!“*, No. 160, Sept. - Oct. 2018 (CNT-IAA Toulouse);

Übersetzung: ASN Köln (CC:BY-NC)

(http://www.cntaittoulouse.lautre.net)

SPANIEN

CNT-IAA im Arbeitskampf:

Protest gegen Supermarkt *„Consum“*

Ein Arbeiter in Barcelona wurde von der Supermarktkette entlassen nachdem er an einem Familienbegräbnis teilgenommen und für die Zeit keinen Lohn erhalten hatte.

In mehreren Städten führten Anarchosyndikalist*innen Mitte August einen Aktionstag zur Unterstützung dieses monatelangen Konfliktes durch.

Mit Kundgebungen, Plakaten, Flugblättern und Graffiti riefen sie zum Boykott des Unternehmens auf und fordern die Wiedereinstellung des Kollegen, sowie Einhaltung der Arbeitsrechte.

(http://cnt-ait-albacete.blogspot.com)

Granja de Vez entlässt Gewerkschafterin

Die Firma aus Albacete, die zum Landwirtschaftskonzern „Grupo Sanchiz“ in Valencia gehört, betreibt großindustrielle Schweinemast, sowie Biogas- und Sonnenenergie-Anlagen.

Dabei werden nicht nur die Tiere ausgebeutet, sondern auch die dortigen Arbeiter*innen, denen grundlegende Rechte vorenthalten werden. Das Unternehmen hat zudem versucht eine gewerkschaftliche Organisierung zu verhindern, indem es sofort die Delegierte einer neugegründeten Betriebssektion zur Strafe entlassen hat.

Die Gewerkschafter*in hatte sich nicht nur gegen sexuelle Diskriminierung gewehrt, sondern auch konkrete Forderungen bezüglich Urlaubsregelungen, Gesundheits- und Hygienemaßnahmen, sowie des Arbeitsschutzes aufgelistet.

Die Basisgewerkschaft CNT-IAA setzt sich daher für eine Rücknahme der Kündigung und die Wiedereinstellung der Kollegin ein. Für den 25.08. hatte sie eine Kundgebung, sowie eine Demonstration in Albacete organisiert.

(http://cnt-ait-albacete.blogspot.com)

Erfolg in Tarragona

Die anarchosyndikalistische CNT-IAA hat im Fall der Firma *„Garibaldi“* einen Arbeitskampf gewonnen. Das Unternehmen bietet Reinigungsdienste im Krankenhaus *„Juan XXII“* in der Stadt Tarragona an. Nachdem der Anbieter wechselte und *„Garibaldi“* den Betrieb übernahm, wurden für Feiertage keine Überstundenzuschläge mehr bezahlt, wie es nach dem vorherigen Tarifabkommen üblich war.

Die Basisgewerkschaft führte daher eine Informationskampagne und Protestkundgebungen vor dem Hotel durch, um die Arbeiter*innen zu ermutigen, sich selbst zu organisieren und für ihre eigenen Rechte zu kämpfen.

(https://www.facebook.com/iwa.ait/)



Mehr Infos auf:

anarchosyndikalismus.blogsport.de

Herausgeber*innen:

Anarchosyndikalistisches Netzwerk (ASN)

asn@free.de

http://asn.blogsport.de

ViSdP: Rudolf Rocker, Heumarkt 68, 50128 Köln